

**Ulrich Heyden; Ute Weinmann, Opposition gegen das System Putin – Herrschaft und Widerstand im modernen Russland, Zürich 2009
(Rotpunktverlag, 326 Seiten, 24,00 Euro, 978-3858693891)**

Auszug:

((ü1)) Die wachsende soziale Ungleichheit

Russland ist zugleich über alle Maßen reich und arm. Zwischen Moskau und Wladiwostok leben über einhundert Dollarmilliardäre, aber niemand kennt die genaue Anzahl der Armen im Land. Für Armut findet sich im Selbstverständnis einer aufstrebenden Wirtschaftsmacht kein Platz. Stattdessen verweisen Regierung und Medien auf den konstanten und Wohlstand verheißenden Einkommensanstieg. Die Ausweitung der Mittelschicht dient dabei als Indikator für die sich verbessernde soziale Lage breiter Bevölkerungsschichten. Je nach dem, welche Kriterien man anlegt, gehören dieser Gruppe zwischen zwanzig und vierzig Prozent der insgesamt etwa 142 Millionen russischen Staatsbürger an. Selbst bei großzügiger Auslegung müssten sich demnach aber immer noch Dutzende von Millionen Menschen mit einem äußerst bescheidenen oder am Existenzminimum orientierten Einkommen begnügen.

Die russische Regierung erklärte die Armutsbekämpfung im Jahre 2003 zwar zu einer ihrer obersten Prioritäten, es fehlt jedoch sowohl an einem überzeugenden Programm als auch an wirksamen praktischen Maßnahmen. Keine Behörde scheint gewillt, dem Armutsphänomen wirklich ernsthaft entgegenzutreten. Die russische Statistikbehörde Roskomstat bezifferte die Anzahl der Armen im ersten Halbjahr 2003 mit 26,1 Prozent der Bevölkerung. Die Weltbank präsentierte im gleichen Jahr davon stark abweichende Ergebnisse, der Zählung lag allerdings ein anderes Berechnungsverfahren zugrunde. 12 Prozent der russischen Bürger verfügte nach Angaben der Weltbank über ein Einkommen unter 25 Rubel pro Tag, was damals in etwa einem US-Dollar entsprach. Bis zum Jahr 2007, so versprach die russische Regierung, sollte die Armutsziffer um die Hälfte gesenkt werden. Ihr angestrebtes Ziel hat sie jedoch verfehlt. Laut statistischen Angaben der russischen Behörden lebten nach Ablauf der angekündigten Frist immer noch 17 Prozent der Bevölkerung unter dem Existenzminimum. Demnach gelang der soziale Aufstieg lediglich einem Drittel der als arm eingestuften Bevölkerung.

Soziologen von der Akademie der Wissenschaften wiederum kommen in ihrer im Juli 2008 veröffentlichten Studie über einkommensschwache Schichten zu dem Ergebnis, dass 43 Prozent der russischen Bevölkerung an oder unter der Armutsgrenze leben, und weisen eindringlich darauf hin, dass der Verarmungsprozess unweigerlich voranschreitet. Der Anteil der Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, ist dieser Studie zufolge seit 2006 um 5 Prozent, und seit dem Jahr 2003 um über 10 Prozent gestiegen. Ein weiteres Viertel der Bevölkerung ist laut Studie zu den Geringverdienern zu rechnen. Die Sozialforscher kritisieren die Sozialpolitik der Regierung und halten deren Kriterien für die Festlegung des Existenzminimums für untauglich. Außerdem betonen die Forscher den strukturellen Charakter der Verarmung im Land und legen dar, dass bei dem derzeitigen Regierungskurs die soziale Mobilität der Bevölkerung aufwärts bei Null angelangt sei. Wer arm ist bleibt arm und verfügt praktisch über keine Perspektiven für einen etwaigen sozialen Aufstieg.

((ü2)) Verschwiegene Armut in der Sowjetunion

Man tut sich in Russland auch deshalb schwer mit der Definition von Armut, weil in der Sowjetunion offiziell keine Armut existierte. Armut galt als Phänomen, welches nur im Ausland anzutreffen war. Trotz zukunftsweisender Versprechungen schuf der Realsozialismus zwar kein System der Gleichheit für alle, bot aber einen für breite Bevölkerungsschichten erreichbaren relativen Wohlstand und garantierte den davon Ausgeschlossenen zumindest die Befriedigung ganz grundsätzlicher Bedürfnisse. Das Durchschnittseinkommen in der Sowjetunion lag im Zeitraum von der Nachkriegszeit bis zum Zerfall zwischen zwei bis drei Mal über dem Mindesteinkommen. Auf dem Schwarzmarkt, durch Subsistenzwirtschaft auf der Datscha oder mit Unterstützung durch im Handel beschäftigte Verwandte konnte ein bescheidenes Gehalt spürbar aufgebessert werden. Der soziale Status in der Gesellschaft wurde nicht allein über die Höhe des Einkommens bestimmt, sondern beispielsweise auch durch den vom Staat zur Verfügung gestellten Wohnraum.

Das Komitee für die Wirtschaftsplanung der Sowjetunion Gosplan verfügte sehr wohl über detaillierte Angaben zum tatsächlichen

Anteil armer Bevölkerungsschichten, allerdings waren diese einzig und allein für den Dienstgebrauch bestimmt. Die Öffentlichkeit sollte von dem beträchtlichen Ausmaß an

Mangelversorgung im Land der Räte keinerlei detaillierte Kenntnis erhalten und sich der – allerdings mit zunehmendem Tempo schwindenden – Illusion hingeben, das Land steuere zielstrebig auf das Zeitalter des Kommunismus zu. Dessen Aufbau sollte bis zum Jahr 1980 vollendet sein. So jedenfalls lautete die Ankündigung auf dem 22. Parteitag der KPdSU im Jahr 1961.

Angesichts der geschönten offiziellen Darstellung setzte sich das persönliche Bild der Bürger über die soziale Lage der Bevölkerung in der Sowjetunion aus eigenen Erfahrungen und Erzählungen der Verwandtschaft, im Bekannten- und Freundeskreis zusammen. Jeder Sowjetbürger und jede Sowjetbürgerin hat beispielsweise ausreichende Erfahrungen mit dem Defizit an Lebensmitteln gesammelt, was sich selbst in der vergleichsweise gut versorgten Hauptstadt in ausgiebigem Schlangestehen manifestierte. Ab Mitte der 70er-Jahre zeichnete sich eine sichtbare Verschlechterung der Lebensmittelversorgung ab, vor dem Hintergrund steigender Löhne. Beide Tendenzen schlugen sich im kollektiven Bewusstsein der Bevölkerung nieder. Heute dominieren statt einer realistischen und auf Fakten beruhenden Zustandsbeschreibung subjektive Beobachtungen, die zur Mythenbildung anregen. Auch heute noch führt dieser Umstand gerade bei der jüngeren Generation zu einer verzerrten Wahrnehmung der sowjetischen Vergangenheit.

Mit Beginn der Perestroika schien die Zeit für einen offeneren Umgang mit Zahlenmaterial über die tatsächliche Lebenssituation unterprivilegierter Schichten reif. Die Mitarbeiter des Zentralen Wirtschaftsinstituts der Gosplan-Behörde, die die Pläne für alle Wirtschaftsbereiche ausarbeitete, plädierten für die Einführung einer offiziellen Armutsgrenze, die sie mit 12 Rubel pro Monat bezifferten (bei einem Durchschnittseinkommen von 270 Rubel). Aber, so berichtete Jewgenij Gontmacher, der von 1975 bis 1991 Institutsmitarbeiter war, der damalige Ministerratsvorsitzende Nikolaj Ryschkow sei allein vor dem Zugeständnis zurückgeschreckt, dass Armut in der Sowjetunion tatsächlich existierte. Stattdessen führte die Regierung wenige Jahre vor dem Zerfall der Sowjetunion erstmals im Ansatz eine Art Sozialhilfewesen ein. Dessen Zielgruppe musste jedoch erst definiert werden. Da Armut als Begrifflichkeit nicht taugte, entstanden in der Sprache der Bürokratie sogenannte einkommensschwache Schichten. Und die waren aufgrund der geringeren Lebensqualität in den mittelasiatischen Republiken und dem Kaukasus in erster Linie dort angesiedelt. In der Sowjetunion existierten zwar bereits zuvor eine Reihe von Vergünstigungen für bestimmte gesellschaftliche Gruppen,

diese orientierten sich jedoch weniger am Einkommen oder der sozialen Zugehörigkeit, als an deren durch besondere Verdienste erworbenem Status als Kriegs- oder Arbeitsveteranen. Außerdem galt die deutliche Herabsenkung der Wohnbetriebskostenzahlungen für diese Bevölkerungskategorien als Form der Anerkennung und Privileg, während die Vergabe kostenloser Medikamente an als nutzlos – da nicht in den normalen Arbeitsprozess integrierbare – eingestufte Menschen mit Behinderungen eher als Almosen denn als selbstverständliche soziale Unterstützung verstanden wurde. Von anderen Vergünstigungen konnten wiederum alle Sowjetbürger profitieren. Staatlich subventionierte Kantinen und das weitgehend kostenlose Gesundheits- und Bildungswesen ließen die gesamte Bevölkerung an den sozialen Errungenschaften des Sowjetmodells teilhaben. Auch wenn die Praxis etliche Abstufungen in Bezug auf die Qualität einzelner Dienstleistungen vorsah oder der reale Zugang beispielsweise zu preisgünstigen Urlaubsreisen von deutlichen Beschränkungen gekennzeichnet war.

((ü2)) Freier Fall ohne Netz

Der eigentliche soziale Abstieg setzte für den Großteil der Bevölkerung erst mit dem Zerfall der Sowjetunion und in vollem Umfang im Januar 1992 mit der Preisfreigabe unter dem ersten Präsidenten der Russischen Föderation, Boris Jelzin, ein. Durch die faktische Staatspleite wurde überdies das alte Modell der vielseitigen kostenlosen und preisgünstigen sozialen Dienstleistungen hinfällig. Das neugegründete Arbeitsministerium plante daraufhin die Einführung einer Armutsgrenze, sah jedoch schnell von diesem Vorhaben ab. Der Grund dafür lag schlicht und ergreifend darin, dass etwa 80 Prozent der Bevölkerung unter diese Grenze gerutscht wäre, wenn man nach einem Warenkorbmodell vorgegangen wäre. Da der Armutsbegriff sich auf diese Weise selbst ad absurdum geführt hätte, veranlasste Jelzin bereits im März 1992 die Berechnung eines niedriger angelegten physischen Existenzminimums, welches in Zukunft ebenfalls als Grundlage für die Bemessung des gesetzlich geregelten Mindestlohnes, der Rentenzahlungen, Stipendien und anderen Sozialleistungen dienen sollte. Die als Provisorium auf Dauer einer kurzfristigen Wirtschaftskrise gedachte Regelung erwies sich allerdings als untauglich, da auch nach diesem Schema ein Drittel der Bevölkerung unter das veranschlagte Minimum fiel. Die

Regierung plante die Einführung von Sozialhilfe für die unter das Existenzminimum fallenden Bürger. Da sich aber die ökonomische Situation von Tag zu Tag verschlechterte, stieg nach dem geltenden Berechnungsschema auch die Anzahl der Sozialhilfeberechtigten und damit stellte sich die Frage nach der Finanzierbarkeit des Modells. Im Herbst 1992 verwarf die Regierung schließlich das angedachte Sozialhilfemodell und begab sich erneut auf die Suche nach Alternativen gefallen wäre.

Durch die anhaltende Krise Anfang der 90er-Jahre drohte der Jelzin-Regierung ein Legitimitätsverlust. Um diesen abzuwenden und den wirtschaftsliberalen Kurs nicht zu gefährden, griff die Regierung zu populistischen Maßnahmen. So verabschiedete der Oberste Sowjet in der Zeit von Ende 1992 bis Anfang 1993 eine Reihe von Gesetzen, die bis Ende 2004 unverändert in Kraft blieben. Dazu gehören unter anderem die Gesetze zur Unterstützung von Behinderten, Veteranen und Helfern beim Tschernobyl-Unglück von 1986. Moskau und auch einige andere Großstädte führten eigene Regelungen zur Unterstützung bedürftiger Bevölkerungsgruppen ein. Auf lokaler Ebene erhielten zudem auch Rentner, die unter keine der in den neuen Gesetzen genannten Kategorien fielen, das Recht zur kostenlosen Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs. Im Zuge der Sozialreformen von Wladimir Putin, die unter dem Schlagwort »Monetarisierung von Vergünstigungen« liefen, ließ die russische Regierung die unter Jelzin zur Abfederung der sozialen Folgen der postsowjetischen Transformation ergriffenen Maßnahmen streichen. Die Regierung versprach, die bisherigen durch den Staat erbrachten Leistungen durch finanzielle Zahlungen an sozial Bedürftige wie Schwerbehinderte und Rentner zu ersetzen. Dadurch erhoffte man große Einspareffekte. Nach den unerwartet heftigen Protesten vor allem älterer Menschen im Winter 2005 gegen die Umsetzung der Sozialkürzungen erfolgte auf lokaler Ebene zumindest eine partielle Rücknahme der geplanten Reformen. Allerdings erfolgen auf lokaler Ebene immer wieder Versuche, die Zahlung von Sozialleistungen zu torpedieren. Mit Verweis auf leere Kassen versucht die Verwaltung in der Stadt Ischewsk seit April 2007 sich aus der Verantwortung zu stehlen und weigert sich, die Kosten für verbilligte Tickets im Nahverkehr zu decken. Betroffene protestieren dagegen. In Astrachan kam es Mitte März 2009 zu Rentnerprotesten, weil Ausgleichszahlungen für Sozialhilfeberechtigte nur unregelmäßig erfolgen.

Das Existenzminimum wird mit einem Warenkorbmodell bemessen und quartalsweise angepasst. Im Mai 2008 überschritt das Existenzminimum erstmals die Grenze von 4000

Rubel und erreichte im Durchschnitt umgerechnet etwa 110 Euro. Damit lassen sich jedoch nicht einmal die Wohnbetriebskosten decken. Der Warenkorb beschränkt sich allerdings lediglich auf ganz existenzielle Grundbedürfnisse, während vormals kostenlose staatliche Dienstleistungen darin keinerlei Berücksichtigung finden. Die raue kapitalistische Realität nach der Transformation hat das Wunschdenken der Bürokraten längst eingeholt. Gerade im Bildungs- und Gesundheitswesen herrscht seit Jahren eine Preispolitik, die selbst den mit einem regelmäßigen mittleren Einkommen ausgestatteten Bevölkerungsschichten zu schaffen machen. Denn in der Praxis ist das kostenlose Bildungsangebot längst auf ein Minimum geschrumpft. Die Schulleitungen und die Lehrer erwarten von den Eltern finanzielle Zusatzleistungen oder auch Arbeitseinsätze in der Schule. An den Hochschulen herrscht eine zunehmende Konkurrenz um die wenigen gebührenfreien Studienplätze. Und wer in einem durchschnittlichen Krankenhaus erwartet, vom medizinischen Personal entsprechend umsorgt zu werden, ohne für selbst geringe therapeutische Maßnahmen wie die Verabreichung einer Spritze oder einer Kopfschmerztablette Geld zu bezahlen, wird schnell eines Besseren belehrt.

((ü2)) Superreiche und neue Mittelschicht

Mit dem Zerfall der Sowjetunion ist eine kleine Schicht durch die skrupellose Aneignung sogenannten Volkseigentums zu sagenhaftem Reichtum aufgestiegen. Unter den neuen Superreichen befinden sich auffallend viele ehemalige Apparatschiki aus dem sowjetischen Jugendverband Komsomol. Zu ihnen gehört auch Michail Chodorkowskij, der Gründer des einst größten russischen Ölunternehmens Yukos und heutige prominenteste Häftling Russlands. Zu den Reichen und Superreichen zählen etwa 5 bis 6 Prozent der Bevölkerung. Wirft man einen Blick auf die Angaben der russischen Statistikbehörde über die Einkommensverteilung, ergibt sich folgendes Bild: Der Anteil von geringen Einkommen bis zu 2000 Rubel, also etwa 55 Euro, sank in den vergangenen fünf Jahren von über 12 auf unter 3 Prozent. Der Anteil im mittleren Segment zwischen 6000 und 8000 Rubel, was in etwa 162 bzw. 216 Euro entspricht, ist mit etwa 14 Prozent weitgehend konstant geblieben. Deutlich angestiegen ist nur der Anteil an Löhnen, die sich im oberen Segment bewegen. Zwischen 10000 und 15000 Rubel, umgerechnet zwischen 270 und 405 Euro, verdienen nun 20 Prozent anstatt lediglich 10 Prozent wie im Jahr 2004. Über ein

Einkommen von bis zu 25000 Rubel oder 675 Euro verfügen knapp 17 Prozent der Beschäftigten im Gegensatz zu vormals 5. 10 Prozent der Gehaltsempfänger liegen über dieser Grenze. Im Übrigen ist man in Russland nach wie vor mit einem klassischen Phänomen der 90er-Jahre vertraut. Gemeint sind Lohnrückstände. Zum 1. Juli 2008 machten diese landesweit 77 Millionen Euro aus – ohne Rückstände bei Kleinunternehmen zu berücksichtigen. Zum 1. April 2009 betrug die Summe ausstehender Lohnzahlungen bereits über 200 Millionen Euro.

Mit der Wirtschaftskrise wird das Lohnniveau allerdings signifikant fallen. Im Februar 2009 teilte der Gewerkschaftsverband FNPR mit, das statistische Durchschnittsgehalt sei in Russland seit Oktober 2008 um 20 Prozent gesunken. Das russische Wirtschaftsministerium prognostiziert für 2009 ein Absinken der Reallöhne, die in den vergangenen 9 Jahren konstant angestiegen waren. Dazu kommt die wachsende Arbeitslosigkeit. Der russische Präsident Dmitrij Medwedjew bezifferte deren Größenordnung im März 2009 mit etwa 6 Millionen. Dazu kommen noch eine unbekannte Anzahl in Kurzarbeit überführte oder in unbezahlten Urlaub entlassene Arbeitnehmer.

((ü2)) Nebenerwerb und Korruption

Angesichts der hohen Lebenshaltungskosten in Russland, insbesondere in den Metropolen, ist davon auszugehen, dass die offiziellen Einkommensangaben nur teilweise mit der Realität übereinstimmen. Zum einen erfasst die Statistikbehörde nur legale Einkommen. In vielen Wirtschaftssparten wird ein Teil des Lohns nach wie vor »im Briefumschlag«, das heißt in bar ausbezahlt, auch wenn diese Praxis in den vergangenen Jahren stark zurückgegangen ist. Wer die Möglichkeit hat und sie auch nutzt, bessert sein Gehalt durch bezahlte, aber nicht versteuerte Dienstleistungen auf. Das praktizieren eine ganze Reihe von Beschäftigten, darunter Angestellte im Bildungs- oder Gesundheitsbereich, Zugschaffner, aber auch Beamte. Dabei geht es nicht nur um Dienstleistungen wie beispielsweise Nachhilfeunterricht, sondern in vielen Fällen um reine Korruption, um die Nötigung zur Zahlung einer nicht offiziell festgelegten Summe bei einer Behörde oder einer privatwirtschaftlichen Einrichtung. Um das Ausmaß dieses Phänomens zu beurteilen, ist man auf Schätzungen angewiesen. Im Hinblick auf Korruption kursieren gigantische Zahlen. Das unabhängige Forschungsinstitut Indem spricht von annähernd 200 Milliarden

Euro pro Jahr. Die Miliz darf man getrost zu einer der korruptesten Strukturen in Russland zählen. Wer mit offenen Augen durch Moskaus Straßen geht, dem wird nicht entgehen, wie offen dort Milizionäre von Ausländern, die bei Ausweiskontrollen tatsächlich oder vermeintlich gefälschte Meldebescheinigungen vorlegen, nach eigenem Gutdünken festgelegte Straf gelder kassieren. Laut Gesetz sind Ausländer ohne festen Aufenthaltstitel dazu verpflichtet, sich nach der Ankunft an einem neuen Ort innerhalb von drei Tagen anzumelden. Dabei dürften diese Art von Kontrollen eigentlich gar nicht von jedem beliebigen Milizionär vorgenommen werden. Nach Einschätzung des Moskauer Chefs der Polizeigewerkschaft Michail Paschkin belaufen sich die illegalen Einnahmen der Ordnungshüter allein in der Hauptstadt auf umgerechnet bis zu 27 Millionen Euro pro Jahr.

((ü2)) Sparen für »schlechte Zeiten«

Der durch den Anstieg der Löhne und Gehälter bedingte Wohlstandswachstum der letzten Jahre hat allerdings seine Grenzen. Bei einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitut Lewada-Zentrum im Juni 2008 gaben 82 Prozent der Befragten an, die hohe Inflationsrate bereite ihnen Sorgen. 41 Prozent fühlten sich der Gruppe zugehörig, deren Einkommen für die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Kleidung gerade mal ausreicht, weitere 12 Prozent können sich nicht einmal ausreichend mit Lebensmitteln eindecken. Allein im Zeitraum zwischen Januar und Juni 2008 sind die Preise für viele Grundnahrungsmittel um 20, 25 und teils sogar bis über 30 Prozent angestiegen. Dieser Umstand macht sich bei Geringverdienern, die gezwungen sind, ihr Einkommen fast ausschließlich für Nahrungsmittel auszugeben, natürlich wesentlich stärker bemerkbar als bei der sogenannten Mittelschicht. Die Krise verstärkt den Preisanstieg. Nach Angaben der Statistikbehörde Rosstat haben sich allein in den ersten beiden Monaten des Jahres 2009 die Lebensmittelpreise um fast 3 Prozent erhöht. Ihre Prognosen für das gesamte Jahr liegen bei 14 Prozent, währenddessen der Einzelhandel von 20 bis über 30 Prozent ausgeht. Über die Hälfte der Bevölkerung verfügt über keinerlei Rücklagen. Umfragen des Meinungsforschungsinstitutes Bashkirowa & Partners ergaben, dass der Grund dafür im niedrigen Einkommensniveau liegt. Etwa 60 Prozent der älteren Generation und 64 Prozent der Altersgruppe zwischen 18 und 29 Jahren sehen sich demnach nicht in der Lage, Geld anzusparen. Überdurchschnittlich viele Menschen ohne Rücklagen haben ein geringes

Bildungsniveau. Allerdings nimmt insgesamt – die nötige materielle Basis vorausgesetzt – die Bereitschaft zur Anhäufung von Sparguthaben konstant zu. Auch Rentner legen, insofern sie die Möglichkeit dazu besitzen, in bescheidenem Umfang Geld zurück. Damit sorgen sie für ihre Absicherung in »schlechten Zeiten«, wobei sie weniger an einen etwaigen Krankheitsfall oder eine Pflegebedürftigkeit denken, als an ein kleines Polster zur Sicherheit. In Russland nimmt man die zunehmende soziale Ungleichheit stark zur Kenntnis, aber das soziale Verantwortungsbewusstsein reicht nicht über den Verwandtenkreis hinaus. 30 Prozent der im Rahmen eines Forschungsprojektes der Russischen Akademie der Wissenschaften im Jahr 2007 Befragten waren davon überzeugt, dass sich unter der Präsidentschaft von Wladimir Putin die soziale Ungleichheit spürbar verschlechtert habe, nur 11 Prozent meinten, das Gegenteil sei der Fall. 90 Prozent der Befragten gaben an, selbst häufig oder gelegentlich mit sozialer Ungerechtigkeit konfrontiert worden zu sein. Insbesondere die extreme Differenz bei der Einkommenshöhe und die ungleiche Verteilung von Privateigentum stoßen in der russischen Gesellschaft auf deutliche Ablehnung. Lediglich 6 Prozent akzeptieren diesen Zustand.

Die soziale Lage eines Großteils der russischen Bevölkerung läßt sich kaum als befriedigend bezeichnen. Mit Beginn der Wirtschaftskrise im Jahr 2008 endet zumindest vorläufig der Trend eines sichtbaren Lohnanstiegs, der unter der Präsidentschaft von Wladimir Putin zu verzeichnen war. Eine Verschlechterung der Lage ist damit abzusehen. Welche Auswirkungen dies auf das Protestverhalten der Bevölkerung haben wird, bleibt abzuwarten. Bislang regte sich Protest immer dann, wenn es zur Kürzung oder Streichung sozialer Vergünstigungen kam. Trotz der Unzufriedenheit vieler Menschen stellen öffentliche Forderungen nach mehr sozialer Gerechtigkeit im Gesamtsystem eher eine Ausnahmeerscheinung dar.

Ute Weinmann